Freie Demokraten
FDP

Wahlprogramm

Wählen wir neu.

FDP Lichtenberg

www.fdp-berlin.de

Freie Demokraten
Lichtenberg FDP

INHALT

0. Präambel 3
1. Bildung 4
   - Frühkindliche Bildung 4
   - Schulen 4
   - Berufliche Bildung, Hochschulen und lebenslanges Lernen 6
2. Mobilität 6
3. Wirtschaft und Beschäftigung 9
   - Raum für neue Ideen 10
   - Planungssicherheit und Transparenz für alle Unternehmer 10
4. Wohnen und Stadtentwicklung 11
5. Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung 12
6. Haushalt und Finanzen 13
7. Bürgerinformation und -beteiligung 14
8. Gesundheit 15
9. Jugend 16
10. Kultur und Tourismus 17
11. Senioren 18
12. Familie und Soziales 18
   - Entlastung von Eltern und Kitas 19
   - Umdenken aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen 19
   - Barrierefreiheit und Integration 19
13. Inklusion 20
14. Integration und Flüchtlinge 20
15. Freiheit und öffentliche Sicherheit 22
16. Umwelt, Energie und Klimaschutz 23
17. Sport 23

0. PRÄAMBEL

Wir Freien Demokraten Lichtenberg sehen in Berlin eine Chancenmetropole, in der sich Bürger frei entfalten und selbst verwirklichen können. Jedoch findet man in kaum einem anderen Bezirk eine derart klaffende Lücke zwischen dem Idealbild unserer Stadt und dem tatsächlich genutzten Potenzial wie in Lichtenberg.

Obwohl das östliche Tor zur Stadt einmalige Perspektiven bietet, findet man im Bezirk, anders als in Städten vergleichbarer Größe oder ähnlicher Einwohnerzahl, wie beispielsweise Mannheim oder Augsburg, weder größere Pharma- noch Technologieunternehmen; der größte Arbeitgeber in Lichtenberg ist das Bezirksamt. Dies kann als Sinnbild für die gescheiterte Kommunalpolitik der vergangenen Jahrzehnte verstanden werden, denn Lichtenberg kann viel mehr als „nur“ Schlafstätte für Familien zu sein.

Wir Liberale wissen um die Vielfalt unseres Bezirks und möchten diese unbedingt für alle gestalten. Hierzu bedarf es einer neuen Politik, in der Behörden nicht länger die Entwicklung des Bezirks ausbremsen. Vielmehr müssen diese zum vertrauensvollen Partner und Förderer von Start-ups bis hin zu Weltkonzernen werden. Im Zuge einer längst überfälligen Modernisierung und Digitalisierung unserer Verwaltung erleichtern wir auch Bürgern im Bezirk das Leben – so lassen sich Behördengänge zukünftig endlich von daheim aus erledigen, anstatt Marken für den Warteraum auf dem Amt ziehen zu müssen.

Wir kennen und lieben unseren Bezirk und haben in unserem Wahlprogramm zahlreiche Ideen und Maßnahmen aufgegriffen, mit denen wir Lichtenberg endlich aus seinem Schlaf wecken können. Wir zeigen in den folgenden Kapiteln konkrete und greifbare Konzepte, mit denen wir diese Ziele erreichen werden. Nach zehn Jahren Abwesenheit in der Bezirksverordnetenversammlung und keiner liberalen Vertretung im Abgeordnetenhaus bedarf es am 26. September 2021 Ihrer Stimme für die Freien Demokraten, um liberale Politik in Lichtenberg fest zu verankern.

HOLEN WIR UNS DIE ZUKUNFT NACH LICHTENBERG.

1. BILDUNG

Der Bezirk Lichtenberg ist als familiengerechte Kommune ausgezeichnet. Daher muss unser Anspruch sein, dass der Bezirk seinen Bewohnerinnen und Bewohnern von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen Bildung der Spitzenklasse bieten muss. Dies ist auch essenziell, um unsere liberalen Aufstiegsversprechen einzulösen, damit die Herkunft aus dem Elternhaus weniger stark als bisher über den Lebensweg von Menschen entscheidet. Junge Menschen sollen optimale Förderungen erhalten. Leider hinkt die Realität in unserem wachsenden Bezirk diesem Anspruch weit hinterher.

Frühkindliche Bildung

Die im Bezirk existierenden Berliner Familienzentren wollen wir Freien Demokraten weiterhin fördern und dadurch auch die frühkindliche Bildung in den Kiezen weiter stärken. Die Familienzentren bieten verschiedene Veranstaltungen, wie Elterncafés, Musik- und Kreativkurse für Kinder sowie ihre Eltern. Sie leisten dadurch einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und Entlastung des Erziehungsalltags der Eltern, speziell junger sowie allein- und getrennterziehender Eltern. Sie sollen auch weiterhin als Ergänzung zu den Kitas zur Verfügung stehen.

Die ergänzende Tagesbetreuung in Lichtenberg soll stärker beworben und ihre Beantragung erleichtert werden. Eltern bekommen dadurch unkompliziert die Möglichkeit, kurzfristige Betreuungsangebote wahrzunehmen. Zudem wollen wir private Initiativen in diesem Bereich fördern und attraktive Arbeitsbedingungen für Tageseltern und Kita-Erzieherinnen und -Erzieher schaffen. Wir möchten erreichen, dass freie und kommunale Träger bei der Weiterentwicklung der Kita-Landschaft im Bezirk gleichberechtigt berücksichtigt werden und neue Kitas vorzugsweise in freier Trägerschaft errichtet werden.

Bei der Weiterentwicklung von Kindergärten wollen wir, dass sich die Planung des Bezirks dem Bedarf flexibel anpasst und Neubauvorhaben stärker berücksichtigt. Bei der steigenden Zahl an jungen Familien im Bezirk und Eltern, die sich für eine spätere Einschulung entscheiden, kann eine starre Planung dem Betreuungsbedarf nicht gerecht werden. Dabei müssen auch verschiedene Aspekte der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Die zuständigen Abteilungen des Bezirksamtes müssen hierbei stärker vernetzt werden, um schnell und flexibel Betreuungsangebote zu gewährleisten.

Schulen

Wir Freien Demokraten Lichtenberg fordern, dass der Schulentwicklungsplan die Demographie der zahlreichen Stadtgebiete mit Neubauprojekten besser abbildet. Maßstab für die Planung können keine stadtweiten Durchschnittswerte sein. Stattdessen sind Bedarfsprognosen auf Grundlage von Daten vergleichbarer Vorhaben, wie die Carlsgarten-Siedlung oder Karla und Horst, zu erstellen, die den zu erwartenden Zuzug junger Familien mit mehreren Kindern besser abbilden. Die soziale Infrastruktur für junge Menschen außerhalb der Schule (beispielsweise Jugend- und Sporteinrichtungen) ist ebenfalls in die Planung mit einzubeziehen.

Bei der Planung sind auch der durch Zuzug entstehende Bedarf an integrativen Schulplätzen sowie an Schulen mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf zu berücksichtigen.

Schon heute muss die Planung den wachsenden Bedarf an Schulplätzen auf weiterführenden Schulen langfristig berücksichtigen. So sollen rechtzeitig Kapazitäten aufgebaut werden, um einen ähnlich akuten Mangel wie derzeitig im Grundschulbereich in der nahen Zukunft zu vermeiden. Wir fordern, dass der Bezirk Verantwortung übernimmt und allen im Bezirk wohnenden Kindern ein Platzangebot an einer weiterführenden Schule der gewünschten Schulform machen kann und nicht, wie bisher, auf die Mithilfe der Nachbarbezirke angewiesen ist.

Der Standort Treskowallee der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) soll zu einem Schulstandort und Bildungscampus weiterentwickelt werden, um die durch den geplanten Umzug der Hochschule freiwerdenden Raumkapazitäten und die vorhandene Infrastruktur bestmöglich im Sinne des Bezirkes nutzen zu können. Ein Leerstand der Gebäude muss unbedingt vermieden werden. Eine ausschließliche Nutzung als Ersatz-/Überlauffläche für andere Schulen während Baumaßnahmen würde das Potenzial des Standortes nicht ausnutzen. Der Bezirk muss hier eine aktive und gestaltende Rolle bei der Entwicklung eines Nutzungskonzeptes übernehmen. Hierbei sind die Bedarfe und Perspektiven von Schulen, Hochschulen und anderen Bildungsträgern im Bezirk einzubeziehen, um eine optimale Nutzung der Potenziale zu gewährleisten.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schulen bedarfsgerechte Raumkapazitäten haben:

- Schülerinnen und Schülern benötigen ausreichend Raum und Zeit für das gemeinsame Mittagessen, damit es in einer entspannten und angenehmen Atmosphäre stattfinden kann. Damit leistet das Mittagessen auch einen wichtigen Beitrag zum Wohlbefinden im Schulalltag.
- Die Umwandlung von Fachräumen, Bibliotheken und Räumen der Ganztagsbetreuung in Klassenräume ist durch die Bereitstellung ausreichender Raumkapazitäten zu vermeiden, sodass diese Räume entsprechend ihrer vorgesehenen Nutzung den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen.
- Die Schulleitungen sollen weitreichende Autonomie bei der Nutzung von baulichen Investitionsmitteln haben, um vor Ort die besten Lösungen zu finden und mit den verfügbaren Mitteln einen möglichst großen Mehrwert für ihre Schulen zu schaffen.

Alle Schulen im Bezirk müssen mit Breitbandinternetanschlüssen (z.B. Glasfaser) und der entsprechenden Gebäudevernetzung ausgestattet werden, um digitale Formen des Lernens in den Schulalltag zu integrieren (auch das Hybride Lernen mit funktionierenden Videokonferenzlösungen). Dabei muss sichergestellt sein, dass den Schulen qualifizierte IT-Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden, sodass die Aufgaben der Netzwerkverwaltung und IT-Infrastruktur nicht von den Lehrkräften übernommen werden müssen. Die Schulen sind außerdem mit Smartboards, Tablets und Laptops als Standard auszustatten. In diesem Rahmen müssen auch die Lehrkräfte weitergebildet werden. Der Bezirk muss ergänzende Fortbildungsangebote schaffen.

Bei Neu- und Umbauten von Schulgebäuden sind standardmäßig Lüftungsanlagen mit HEPA-Filtern und Wärmerückgewinnung vorzusehen, um das Risiko von Ansteckungen zu reduzieren und Energieverluste durch manuelles Lüften zu vermeiden. Im Bestand sind CO_2-Messgeräte in allen Klassenräumen zu installieren, um rechtzeitige Fensterlüftung sicherzustellen.

Saubere Schulen während des ganzen Tages müssen eine Selbstverständlichkeit sein – daher fordern wir permanent anwesende Reinigungskräfte an jeder Schule. Wir sind gegen die Rekommunalisierung der Schulreinigung und fordern stattdessen die Ausschreibung eines erweiterten und klar definierten Reinigungsumfangs an Fachfirmen mit qualifiziertem Personal, inklusive voller Transparenz durch regelmäßige Qualitätsaudits, deren Ergebnisse der Bezirk veröffentlicht.

Wir treten für den Erhalt und die Weiterentwicklung der bezirklichen Gartenarbeitsschule ein, um die Kinder schon im Grundschulalter für nachhaltige Landwirtschaft und gesunde Ernährung zu sensibilisieren. Wir wollen das Angebot der Jugendverkehrsschule ausbauen, da sie einen wichtigen Beitrag zur Verkehrserziehung und zum sicheren Verhalten auf dem Schulweg leistet.

Wir fordern, dass im Rahmen einer ideologiefreien politischen Bildung an den Lichtenberger Schulen auch weiterhin Jugendoffiziere der Bundeswehr diese auf Einladung besuchen dürfen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass neben aktuellen sicherheitspolitischen Seminaren auch offen und kontrovers mit interessierten Schülerinnen und Schülern über gesellschaftskritische Themen diskutiert wird.

Die Entwicklung der Musikschule des Bezirks mit ihren drei Standorten sollte mit der steigenden Einwohnerzahl in Lichtenberg Schritt halten und das Angebot sollte sowohl im Umfang als auch im Spektrum kontinuierlich erweitert und verbessert werden.

Berufliche Bildung, Hochschulen und lebenslanges Lernen

Wir fördern lebenslanges Lernen im Bezirk Lichtenberg und wollen das Angebot der Volkshochschule auch in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft stärken und die Kompetenzen im digitalen Lernen ausbauen.

Als Bezirk wollen wir attraktive Standortbedingungen für Bildungsträger und Hochschulen schaffen und das Cluster Lichtenberg für Gesundheitswirtschaft weiterentwickeln. Sie sind bei der Entwicklung des Konzeptes für den HTW-Standort Treskowallee zu einem Bildungscampus zu berücksichtigen.

Gemeinsam mit dem Berliner Ausbildungsbündnis wollen wir die Vernetzung der Lichtenberger Ausbildungsbetriebe vorantreiben. Dazu wollen wir die Lichtenberger Schulen mit ausbildenden Unternehmen im Bezirk zusammenbringen und eine Börse für Praktika in Lichtenberger Betrieben initiieren. Unternehmen sind eingeladen, Partnerschaften für Schülerfirmen zu übernehmen.

2. MOBILITÄT

Mobilität ist ein Freiheitsrecht. Individuelle und barrierefreie Mobilität ist die Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander und einer der wichtigsten Faktoren in unserem Bezirk. Die freie Wahl des Verkehrsmittels darf nicht durch Ideologie geprägt sein, sondern ist viel mehr Ausdruck persönlicher Bedürfnisse, hinsichtlich Verfügbarkeit, Geschwindigkeit, Kosten, Komfort und Umweltfreundlichkeit. Dazu gehört, dass der Verkehrsausbau fair gestaltet wird, sodass nicht bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder benachteiligt werden.

Stattdessen setzen wir Freien Demokraten auf eine bessere Vernetzung durch den ÖPNV, den Ausbau und die Instandsetzung von vorhandenen Radwegen, ein besseres „Park+Ride“-Angebot an zentralen Verkehrsknotenpunkten, bessere Mobilität durch weiteren Ausbau von Carsharing, der auch die Außenbezirke besser abdeckt, und den Bau von innerstädtischen Parkhäusern.

Die Freien Demokraten Lichtenberg sprechen sich generell gegen Parkraumbewirtschaftung aus. Lichtenberg hat an der Grenze zu Friedrichshain Parkdruck, weil dort flächendeckend Parkraumbewirtschaftung eingeführt wurde. Darauf zu reagieren, indem die Flächen der Parkraumbewirtschaftung nach Lichtenberg hinein ausgeweitet werden, verlagert und vergrößert nur das Problem zu den neuen Grenzen der Bewirtschaftung. Parkraumbewirtschaftung ist kein geeignetes Steuerinstrument gegen Lastspitzen, sondern nur eine zusätzliche Belastung für Autofahrer.

Aufgrund neuer Wohnquartiere besteht dringender Handlungsbedarf beim Ausbau des ÖPNV in den Gebieten Alt- und Neu-Hohenschönhausen sowie im Bereich Lichtenberg-Süd. Beispielsweise entstehen in Alt-Hohenschönhausen, in der Nähe des Storchenhofs, mehrere hundert Wohneinheiten, aber kaum Parkplätze. Dies wird den Druck auf den Tram- und Busverkehr erhöhen und den Bedarf an Radwegen deutlich steigern. Damit die Leistungsfähigkeit des ÖPNV mit dem Bevölkerungswachstum in Lichtenberg mithält, ist eine bessere Taktung für S-Bahn (S3, S75), Tram (z.B. M5, M17) und Bus (z. B. 154, 256, X54) dringend erforderlich.

Für den Ausbau des Schienenverkehrs bietet das Projekt „i2030“[1] viele gute Ansatzpunkte, die an die Anforderungen unseres Bezirks angepasst werden müssen. Langfristig unterstützen wir einen Weiterbau der S75 nach Norden in Richtung Buch. Dies würde attraktive Flächen für den Wohnungsneubau erschließen.

Die Bedeutung des Bahnhofs Lichtenberg muss gestärkt werden. Das Potenzial eines innenstadtnahen Bahnhofs wird bis heute viel zu wenig genutzt. Weitere Verbindungen im Fern- und Nachtverkehr sollten angeboten werden. Speziell als größerer Nachtzug-Hub bietet der Bahnhof Lichtenberg die dafür notwendige Infrastruktur.

Die Aufzüge an S-Bahnhöfen müssen regelmäßig instandgehalten werden, z. B. am S-Bahnhof Hohenschönhausen und dem Betriebshof Rummelsburg sind Aufzüge regelmäßig defekt. Außerdem sollten nicht nur robustere, sondern auch größere Fahrstühle gebaut werden, damit auch große Kinderwagen, Rollstühle und Lastenfahrräder darin transportiert werden können. Bis zum 1. Januar 2022 soll der ÖPNV nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vollständig barrierefrei sein. Aber an den S-Bahnhöfen Nöldnerplatz und Gehrenseestraße gibt es noch immer keine Fahrstühle.

Der Übergang vom Individualverkehr zum ÖPNV muss durch mehr Kapazitäten für „Park+Ride“ erleichtert werden. Konkret fordern wir mehr Parkplätze an den S-Bahnhöfen Hohenschönhausen und Lichtenberg sowie neue P+R-Parkhäuser am S Landsberger Allee, S Friedrichsfelde/Ost und U Tierpark. Am S Hohenschönhausen sollte eine neue Fußgängerbrücke den Weg zum P+R-Parkplatz, zum Kino und zum geplanten Kulturzentrum deutlich verkürzen. Neben Pkw-Parkplätzen sind auch „Park+Ride“-Flächen für Motorräder, Fahrräder, E-Bikes, E-Roller und Lastenräder vorzusehen. Nur wer sein Fahrrad etc. mit dem Bewusstsein anschließt, es auch später unversehrt wiederzufinden,

[1] https://www.i2030.de/

wird dieses Angebot nutzen. Deshalb fordern wir für „Park+Ride“ Fahrradparkhäuser beziehungsweise Fahrradstationen mit abschließbaren Boxen. Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder etc. an allen S-und U-Bahnhöfen sollen vergrößert werden.

Wir Freien Demokraten Lichtenberg fordern ein Gesamtfahrradkonzept für den Ausbau der bezirklichen Radinfrastruktur anstelle des aktuell zusammenhanglosen Flickenteppichs. Wenn beispielsweise eine Protected Bike Lane (PBL – geschützter Radweg) geplant wird, dann für eine gesamte Verbindung. Ein Radweg ist nur so sicher, wie sein schwächstes Teilstück. Aufgrund begrenzter Ressourcen muss eine Priorisierung für ganz Lichtenberg vorgenommen werden. Hierfür sollte eine neue Stelle des „Fahrradbeauftragten“ geschaffen werden, der alle Planungen und Maßnahmen koordinieren soll und einheitlicher bezirklicher Ansprechpartner für das Thema Radverkehr ist. Der Instandsetzung bestehender Radwege muss eine höhere Priorität gegeben werden, ggf. auch zu Lasten des Neubaus. Mit neuen Radwegen sollen vor allem Lücken im Wegenetz geschlossen werden, z. B. Treskowallee ab S-Bahnhof Karlshorst in Richtung Tierpark. Dabei müssen aber stets die Mittel für die zukünftige Instandhaltung im Haushalt berücksichtigt werden.

In Lichtenberg sind noch nicht alle Schulwege ausreichend gesichert, z. B. fehlen Fußgängerüberwege für Hohenschönhausen in der Dorfstraße und der Lindenberger Straße im Einzugsgebiet der Matabi-Grundschule sowie in der Nähe der Karlshorster Grundschule in der Marksburgstraße, Ecke Lisztstraße. Der weitere Bau von Fußgängerüberwegen muss entsprechend hoch priorisiert werden. Für den Wohnungsneubau fordern wir, dass deutlich mehr als die unrealistischen 0,2 Parkplätze pro Wohneinheit geplant werden. Wenn aktuell eine Familie einen Pkw benötigt, um den Alltag zu meistern, müssten dafür vier andere Familien komplett autofrei bleiben.

Der Ausbau der Tangentialverbindung Ost (TVO) muss schnell und ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden, um Verkehrsteilnehmer zu entlasten und um die Lebensverhältnisse vieler Menschen im Bezirk und darüber hinaus zu verbessern. Auch die Ortsumfahrung für Malchow ist überfällig. Zudem fordern wir eine moderne Verkehrslenkung, um einen besseren Verkehrsfluss zu erreichen, und Smartphone-gestützte Parkleitsysteme. Dies dient dem Umweltschutz und verkürzt die Dauer der Fahrten. Ampelanlagen sind nachts ausschließlich an großen Hauptverkehrsstraßen in Betrieb zu halten.

Geplante Trassen der Tangentialverbindung Nord (TVN) müssen für eine zukünftige Umsetzung geschützt bleiben. In dem Bereich entstehen viele neue Siedlungen – die Verkehrsinfrastruktur muss mitwachsen und bestehende Straßen entlastet werden.

Zur Entlastung der Hauptverkehrsachsen im Stadtzentrum und für kürzere Fahrzeiten und der damit einhergehenden Umweltentlastung setzt sich die FDP Lichtenberg für den Weiterbau der A 100 bis Lichtenberg ein. Für unseren Bezirk würde endlich ein Standortnachteil gegenüber westlichen Bezirken aufgehoben werden. Vorhandene Arbeitsplätze würden gesichert und gute Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Langfristig soll vom Ende der A 100 an der Frankfurter Allee parallel zur Ringbahn eine Schnellstraße bis zum Beginn der A 100 im Norden führen und den Entlastungsring um die Innenstadt schließen.

Wir möchten, dass auch im Osten Berlins ein Fernbusbahnhof errichtet wird. Ein möglicher Standort könnte der S-Bahnhof Lichtenberg sein. Dies sorgt für eine bessere Anbindung an den Fernbusverkehr im Osten der Stadt und entlastet die wenigen bereits vorhandenen Fernbushaltestellen, allen voran den überfüllten ZOB.

Wir sind überzeugt, dass auch die Stadt der Zukunft eine individuelle motorisierte Mobilität kennen wird. Heutige Planungen zur Stärkung des Radverkehrs sollten dies weiterhin anerkennen. Eine Metropolregion mit mehr als fünf Millionen Einwohnern kann nicht allein mit einer Forcierung der Pedalmobilität und wenigen Ergänzungen im Straßenbahnnetz gestaltet werden.

3. WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

Wir Freien Demokraten sehen in Lichtenberg einen wichtigen Standort für Unternehmen jeder Art und Größe. Bestandsunternehmen müssen in Lichtenberg gehalten und ihnen eine Wachstumsperspektive angeboten werden. Gleichzeitig muss Platz für Neugründungen geschaffen werden. Für den wirtschaftlichen Erfolg in Lichtenberg müssen interessante Entwicklungsperspektiven existieren. Dies schließt explizit Handwerksbetriebe mit ein.

Entscheidungen fallen heutzutage immer häufiger unter unsicheren Gegebenheiten. Gute Lösungen und demgegenüber ungewollte Nebeneffekte sind nicht sicher frühzeitig zu erkennen. Deshalb müssen Politik und Verwaltung in die Lage versetzt werden, auf eine sich immer schneller verändernde Welt zu reagieren. Hierzu denken wir die Rolle der verantwortlichen Ämter neu. Diese dürfen nicht länger als Stolperstein und Wachstumshemmnis für Unternehmer agieren. Der Bezirk Lichtenberg muss sich zum vertrauensvollen Partner der Wirtschaft entwickeln und eine Willkommenskultur für Unternehmertum schaffen.

Wir Freien Demokraten stehen für die Verkürzung der Bearbeitungszeit von Anträgen, indem wir Prozesse komplett digitalisieren. So kommen Unternehmen nicht nur schneller an den Markt, sie haben auch mehr Zeit, um ihr Geschäftsmodell weiter auszubauen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung auf Landes- und Bundesebene muss intensiviert werden, um die Wahrnehmung von Lichtenberg als attraktiven Standort für Unternehmen zu erhöhen. Zuletzt gilt es, die Fremdsprachenkompetenz innerhalb des Bezirksamts zu erhöhen, um die Vielfalt unseres Bezirks auch an dieser Stelle korrekt widerzuspiegeln. Dies macht Lichtenberg auch für internationale Investoren attraktiver.

Innovativen Unternehmen darf nicht länger mittels bürokratischer Hürden die Tür zu Lichtenberg verschlossen werden. Wir schaffen gezielt Orte und Bedingungen für junge, dynamische und wirtschaftlich bedeutende Firmen, die in der Hauptstadt Fuß fassen möchten. Die Freien Demokraten verfügen über die notwendigen Erfahrungen und Qualifikationen, um den Bezirk im innerstädtischen Vergleich endlich aus der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit zu holen.

Raum für neue Ideen

Wir Freien Demokraten Lichtenberg achten darauf, dass Flächen für Gewerbe nicht vernichtet und gezielt neue attraktive Gewerbeflächen geschaffen werden. Bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und wirtschaftlichen Pilotprojekten fordern wir eine aktive Rolle des Bezirks. Wir begrüßen die Ansiedlung von Unternehmen mit überregionaler Strahlkraft, wie das Vorhaben Coral World an der Rummelsburger Bucht.

Die voraussichtliche Aufgabe des Standortes der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) im nördlichen Karlshorst bietet eine Chance, um auf dem von uns geforderten Bildungscampus ein Gründerzentrum mit Maker Space zu schaffen. Darin entsteht sprichwörtlich Raum für neue Ideen und es können Synergien mit den Bildungsträgern erzeugt werden. Da wir uns dafür einsetzen, andere Berliner Hochschulen in einigen der freiwerdenden Räumlichkeiten unterzubringen, kann hier ein direkter Übergang vom Studenten- in das Start-up-Leben ermöglicht werden, aus dem sich innovative und dynamische neue Unternehmen entwickeln. Weiterhin setzen wir uns für die Schaffung weiterer Co-Working-Spaces in Lichtenberg ein.

Neben einem neuen Gründerzentrum setzen sich die Freien Demokraten auch für die Schaffung eines Zukunftsorts in Lichtenberg ein – analog zu den elf erfolgreichen Zukunftsorten[2], die berlinweit geschaffen wurden. Nur Neukölln und Lichtenberg haben bisher keinen Zukunftsort und unser Bezirk darf hier nicht weiterhin das Nachsehen haben. Dazu gilt es, private oder öffentliche Forschungsinstitute, beispielsweise von Fraunhofer oder Max-Planck, für unseren Bezirk zu begeistern und anzusiedeln. Aus einer innovativen Forschungslandschaft, die eine Vielzahl junger Fachkräfte beschäftigt, entstehen immer auch Ideen für innovative Unternehmen. Um bereits früh für Unternehmertum zu begeistern, fördern wir die Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen und die Gründung von Schülerfirmen.

Planungssicherheit und Transparenz für alle Unternehmer

Unternehmer benötigen Planungssicherheit und Transparenz. Hierzu gehört die Verabschiedung von zukunftssicheren Bebauungsplänen, die schon heute regeln, wo morgen gebaut und neue Gewerbeflächen geschaffen werden. Gewerbliche Bauvorhaben müssen in der Bearbeitung stärker priorisiert werden. Sanierungsbedürftige und leerstehende Gebäude, die wir unter anderem sogar im Herzen unseres Bezirks in der Siegfriedstraße und der Frankfurter Allee finden, müssen erneuert oder abgerissen werden. Sie dürfen der weiteren Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Lichtenberg nicht länger im Weg stehen.

Bürokratische Hürden, wie strikte Vorgaben in Hinblick auf Ladenöffnungszeiten, müssen abgeschafft werden – die FDP steht zur Berliner Kiezkultur und befürwortet eine liberale Ladenöffnungspolitik. Hierdurch lassen sich zahlreiche Arbeitsplätze schaffen, selbst wenn es sich in vielen Fällen um Minijobs handelt.

[2] https://zukunftsorte.berlin/

Einen weiteren wichtigen Schritt sehen wir in der individuellen Festlegung von Gewerbesteuern auf Bezirksebene – so können insbesondere strukturschwächere Stadtteile neue Anreize schaffen, um Unternehmen anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

4. WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG

Die einzige sinnvolle Maßnahme für mehr und bezahlbaren Wohnraum ist der Neubau von Wohnungen in Miete und Eigentum. Dieser muss von der Lichtenberger Verwaltung weiterhin mit hoher Priorität unterstützt werden. Die Möglichkeiten der Schaffung neuen Wohnraums im Bestand durch Aufstockung (z.B. von WBS70) und Nachverdichtung sollten dort genutzt werden, wo ein hinreichender Abstand zu bestehenden Wohngebäuden gegeben ist, eine zusätzliche Verschattung akzeptabel erscheint und die Infrastruktur an die Bevölkerungsverdichtung angepasst werden kann.

Zum Wohnen gehört für uns selbstverständlich auch die soziale Infrastruktur. Aus diesem Grund fordern wir Freien Demokraten Lichtenberg, bei der Genehmigung neuer Wohnungen stets auch die notwendige Infrastruktur mitzuplanen. Es müssen Räume für Schulen, Spielplätze, die medizinische Versorgung, Kultur, Einzelhandel und Parkplätze vorhanden sein. Hierfür braucht es ein ganzheitliches Demografiekonzept für Lichtenberg, damit die Stadtentwicklung auch künftig zu den Menschen, die hier leben, passt. Wohnungsbau ohne ausreichend neue Parkplätze und gesicherte Abstellflächen für Fahrräder etc. empfinden wir als lebensfremd.

Investitionen, die die Attraktivität des Bezirks Lichtenberg erhöhen und eine überregionale Strahlkraft haben, sollen von der Verwaltung wohlwollend begleitet werden.

Die Aufstellung von Bebauungsplänen sehen wir als eine Kernaufgabe bezirklichen Handelns, die Verantwortlichkeit hierzu sollte nicht auf Senatsebene verlagert werden.

Das Bezirksamt sollte jedoch fachlich, personell und technisch in die Lage versetzt werden, die Planungsaufgaben in einem übersichtlichen Zeitrahmen abschließen zu können. Das schließt eine Genehmigung nach § 34 BauGB (Baugesetzbuch), wo immer möglich, ein.

Die Priorität bei der Aufstellung von Bebauungsplänen soll nach Wohnungsbau und sozialer Infrastruktur die gewerbliche Infrastruktur berücksichtigen. Kleingärten können für Wohnungsbau, soziale Infrastruktur oder gewerbliche Bauvorhaben genutzt werden. Es wird den betroffenen Kleingärtnern ein Flächenausgleich am Stadtrand angeboten.

Der Reitsport gehört zu Karlshorst. Planungen zum Wohnungsbau auf dem Areal der Trabrennbahn müssen dies immer berücksichtigen. Auch ergibt sich aus unserer Sicht erhebliches Konfliktpotenzial aus den unterschiedlichen Anforderungen von Wohnen, sportlicher Nutzung und Reitbetrieben. Hier sind intelligente Lösungen mit Bürgerbeteiligung und viel Einfühlungsvermögen gefordert.

Eingriffe in die Preisfindung bei Wohnungs- und Gewerbemietverträgen über einen Mietendeckel lehnen wir ab. Die Erfahrung lehrt, dass Preisdiktate immer zu nachhaltigen Problemen, wie Mangel und Schwarzmarkt, führen. Einschränkungen der Vertragsfreiheit sind teilweise mit gängigem Recht unvereinbar.

Die Einführung von Milieuschutzgebieten halten wir für ein ungeeignetes Steuerungsinstrument. Unflexible Verbote widersprechen auch den Interessen der Mieterinnen und Mieter. Stattdessen sollten die vorhandenen Instrumente der Stadtentwicklung und des Mieterschutzes Veränderungsprozesse begleiten.

5. DIGITALISIERUNG UND VERWALTUNGSMODERNISIERUNG

Verwaltungsmodernisierung hat als Daueraufgabe zum Ziel, die öffentliche Verwaltung zu befähigen, ihre kommunalen Aufgaben effektiv und effizient zu erfüllen und einen einfachen sowie schnellen Service für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu bieten.

Um mit der zunehmenden Komplexität der Welt Schritt halten zu können, ist auch seitens der öffentlichen Verwaltung eine stärkere Investition in die Verbesserung ihrer Fähigkeiten notwendig. Die Organisation selbst, die Prozesse und Abläufe sowie die Kommunikation mit den Bürgern müssen auf ein modernes Niveau gebracht werden. Das erfordert, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleister von Berlin innovative Lösungen voranzutreiben. Wir Freien Demokraten Lichtenberg sorgen für eine zügige Digitalisierung der kommunalen Verwaltungsarbeit. Papierakten sind, wo wirtschaftlich, schnellstmöglich abzuschaffen. Dazu soll sich der Bezirk an berlinweiten Pilotprojekten beteiligen.

Die Verwaltung muss in die Lage versetzt werden, sich rasch auf neue und sich verändernde äußere Rahmenbedingungen einzustellen. So kann die effiziente Verwendung öffentlicher Mittel gesichert werden. Wir fordern, dass in den kommenden fünf Jahren jeder Behördengang digital durchführbar ist. Als direktes Ergebnis ließen sich die Warte- und Bearbeitungszeiten im Rahmen der Bürgerservices verkürzen. Die Sicherheit und der Schutz der personenbezogenen Daten der Bürger hat dabei für uns oberste Priorität.

Bei Projekten sollte der Bezirk auf moderne Methoden der Zusammenarbeit setzen. So starten Projekte nicht erst nach einer langwierigen Phase der Planung, während die Umwelt einer steten Veränderung unterliegt. Stattdessen müssen Zwischenergebnisse in regelmäßigen Zyklen auf Veränderungen untersucht werden und, wo erforderlich, Anpassungen durchgeführt werden. Lösungen für Probleme sollten gemeinsam und mit den Bürgerinnen und Bürgern gefunden, diskutiert und erprobt werden. Wir fordern Synergiepotenziale zu heben, indem bestehende Aufgaben gemeinsam mit Verwaltungen anderer Bezirke effizienter erbracht werden.

Gerade in der Stadtentwicklung dürfen vage Vermutungen oder Ideologien nicht die Grundlage für Verwaltungshandeln sein. Um langfristig erfolgreich zu sein, müssen Entscheidungen auf fundierten, aktuellen wissenschaftlichen Methoden basieren. Auf diesem Weg lassen sich ungewollte Nebeneffekte (beispielsweise zu wenig Kitas trotz einer hohen Zahl von Geburten und des steten Zuzugs) aufdecken und vermeiden. Zukünftig muss der Bezirk viel stärker als bisher Prognosen berücksichtigen und dabei auch bezirksübergreifend koordinieren und agieren.

Die langfristige Servicequalität der öffentlichen Verwaltung hängt maßgeblich von den Mitarbeitern sowie deren Motivation und Zufriedenheit ab. Die öffentliche Verwaltung braucht eine positive Organisationskultur, die sowohl die Übernahme von Verantwortung (beispielsweise bei Fehlern) als auch die Entwicklung des Einzelnen, von Teams und der Organisation insgesamt ermöglicht. Regelmäßige Evaluationen über etablierte Prozesse und Abläufe, begleitet von Organisationsentwicklung, sowie obligatorische Weiterbildungen und Trainings zu den effektivsten Methoden moderner Zusammenarbeit sind hierfür essenziell. Deshalb fordern wir regelmäßige Fortbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen. Wir möchten, dass die Mitarbeiter des Bezirksamtes aktiv in der Verwaltungsmodernisierung beteiligt werden. Sie erhalten die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen und können im Gegenzug als Wertschätzung eine Prämie aufgrund der eingesparten Mittel erhalten.

Auch die Personalauswahl und deren Bindung erfordern neue, zukunftsorientierte Ansätze. Neben der Wirtschaft ringt die öffentliche Verwaltung als Mitbewerber auf dem Arbeitsmarkt um gutes und qualifiziertes Personal. Aufgrund der demografischen Entwicklung muss die Bezirksverwaltung proaktive Maßnahmen ergreifen, um die besten Talente anzuziehen, einzustellen und langfristig zu binden. Wir fordern u.a. eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle wie Homeoffice (für alle, wo sinnvoll möglich und fachlich nicht ausgeschlossen) und Stundenkonten. Das Bezirksamt muss ein Vorbild bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden. Gleichzeitig fordern wir, dass die Gesundheitsprävention für Mitarbeiter der Verwaltung besser in den Arbeitsalltag integriert wird. Neben dem individuellen Wohlbefinden hilft dies, die hohen Krankenstände zu reduzieren.

Das Vertrauen in den Bezirk wird maßgeblich durch die Qualität der kommunalen Verwaltung geprägt. Deshalb muss eine Dienstleistungsmentalität des Bezirksamtes gegenüber den Bürgern stets im Vordergrund stehen. Vormals frustrierende Erfahrungen lassen sich zukünftig nur durch schnelle, nachvollziehbare und funktionierende Entscheidungen beheben. Die Optimierung und Vereinfachung von Prozessen und Abläufen bietet dabei viel Potenzial. Daher fordern wir eine „bürger- und unternehmenszentrierte“ Verwaltung.

Besonderes Augenmerk fordern wir auf der Bearbeitung von Anträgen zum Breitbandausbau für schnelles Internet. Die öffentliche Verwaltung soll, wo sie Besuchsverkehr hat, kostenlose öffentliche WLAN-Hotspots anbieten.

6. HAUSHALT UND FINANZEN

Lichtenberg hat in den letzten Jahren erhebliche Überschüsse erwirtschaftet. Mit diesem Geld darf keine Klientel bedient und Geschenke gemacht werden. Stattdessen müssen Versäumnisse der Vergangenheit bereinigt also die Probleme beseitigt werden, die aufgrund unverhältnismäßiger Sparmaßnahmen entstanden sind. Vorrang müssen Investitionen in die kommunale Infrastruktur haben, z. B. Schulen, Sporthallen, Straßen, Wege, Notbrunnen und öffentliche Gebäude. Wir setzen uns dafür ein, dass dem Bezirk Lichtenberg vom Land Berlin eine höhere Globalsumme zur Erfüllung seiner Aufgaben zugewiesen wird.

Wir Freien Demokraten unterstützen eine solide Haushaltsplanung für den Bezirk. Die Schuldenfreiheit Lichtenbergs gilt es unbedingt zu erhalten. Sie sichert auch den zukünftigen Generationen das gebotene Maß Handlungsfreiheit und Flexibilität. Bei der Aufstellung des Bezirkshaushalts setzen wir uns für eine größere Transparenz ein, um den Bezirksverordneten mehr Möglichkeiten zur Steuerung und Prioritätensetzung zu geben – davon profitiert auch der Bürgerhaushalt.

Steuerverschwendung muss konsequent bekämpft werden. Wir werden uns auch weiterhin für Aufklärung und Transparenz einsetzen, um präventive Maßnahmen ableiten zu können und Steuerverschwendungen vorzubeugen.

7. BÜRGERINFORMATION UND -BETEILIGUNG

Seit Jahren wird in Lichtenberg die Bürgerbeteiligung als besondere Errungenschaft gefeiert. Der dafür notwendige Mentalitätswechsel in der Bezirksverwaltung hat aber noch nicht begonnen. Die Bürger müssen frühzeitig als kompetente Ratgeber sowie relevante Betroffene ernst genommen und aktiv vor Entscheidungen zu Rate gezogen werden. Dazu ist es jedoch erforderlich, dass das eingesetzte Ratsinformationssystem der Bezirksverwaltung Lichtenberg weiterentwickelt wird. Die Benutzerfreundlichkeit und die Zuverlässigkeit sind deutlich zu verbessern. Ferner bedarf es eines zeitgemäßen, geräteunabhängigen Designs, das neue Funktionalitäten und eine stärkere Interaktivität mit anderen Bereichen der Webseiten des Bezirksamts (z.B. Pressemitteilungen) ermöglicht. Wichtiges Ziel muss sein, für kommunale Vorhaben auf den Bürgerbeteiligungsplattformen auf die Beiträge der Einwohner zu reagieren.

Bürgerbeteiligung dient nicht der Bestätigung und Rechtfertigung der eigenen Überzeugungen, sondern dem Diskurs mit anderen Meinungen. Das Bezirksamt muss auch vom ursprünglichen Kurs abweichen können oder zumindest die Ablehnung von Vorschlägen transparent begründen. Ein sinnvolles Instrument zur Bürgerbeteiligung stellt dabei der Bürgerhaushalt dar. Dies gilt aber nur dann, wenn neben den Ausgaben auch die Einnahmenseite betrachtet wird. Dafür muss ein Bürgerhaushalt für das gesamte Land Berlin eingeführt werden.

Als übergeordnetes Gremium hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine Kontrollfunktion gegenüber dem Bezirksamt. Die BVV und die dazugehörigen Ausschüsse tagten vor der Coronapandemie ausschließlich vor Ort. Wir fordern, dass die digitale Sitzung als dauerhaftes Format in die Geschäftsordnung aufgenommen wird. So wird Ausschussmitgliedern und Gästen erlaubt, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort teilzunehmen. Dies erweitert die Möglichkeiten für Bürger, Einwohnerfragen und Nachfragen zu stellen und unmittelbar mit den Entscheidern zu reden. Die FDP Lichtenberg strebt an, dass hybride BVV- und Ausschusssitzungen zukünftig die Regel darstellen.

Alle Sitzungen müssen zuverlässig und mit (automatisch generierten) Untertiteln übertragen werden. Bei Abstimmungen der BVV muss das Verhalten der Fraktionen und Einzelverordneten vor Ort wie auch online einsehbar sein. Im Zuge der Transparenz müssen die Aufzeichnungen der Sitzungen von

BVV und Ausschüssen dauerhaft online zur Verfügung gestellt werden. So wird interessierten Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich direkt zu einzelnen Tagesordnungspunkten zu informieren. Dabei sollen alle Aufzeichnungen vollständig in Text transkribiert werden. In den Aufzeichnungen soll es möglich sein, direkt einen gewünschten Tagesordnungspunkt anzusteuern, um einfach die Behandlung bestimmter Drucksachen sehen zu können.

Die Gründe für die Beschlüsse des Bezirksamtes müssen gegenüber der Öffentlichkeit transparent und klar kommuniziert werden. Anstatt einer gezielten Auswahl von Einwohnern, um Vertreter der Bürgerschaft oder Mitglied einer Jury zu sein, soll stets öffentlich das Los entscheiden. Gleichzeitig streben wir an, dass der Bezirksbürgermeister, die Bezirksstadträte und die Bezirksverordneten, sofern zutreffend, angelehnt an §5a des Landesabgeordnetengesetzes vergleichbare Angaben zu ihren Einkünften, Tätigkeiten und Funktionen im Zusammenhang mit ihrem Mandat machen. So kann dem Verdacht einer gezielten externen Beeinflussung und einem Interessenskonflikt vorgebeugt werden. Von Bezirksverordneten, für die BVV-Aufwandsentschädigungen nur Nebeneinkünfte sind, soll jedoch keine Offenlegung ihrer Haupteinkünfte verlangt werden.

Um allen Bevölkerungsgruppen ein Engagement als Bezirksverordnete zu ermöglichen, fordern wir, dass anfallende Kosten beispielsweise für die Betreuung der Kinder erstattet werden.

8. GESUNDHEIT

Die Gesundheit der Lichtenberger Bevölkerung ist ein wichtiges Gut, dessen Schutz an oberster Stelle steht.

Wir Freien Demokraten Lichtenberg setzen uns dafür ein, dass das Gesundheitsamt mit ausreichend technischen, räumlichen und personellen Ressourcen ausgestattet wird, um seine Aufgaben vollumfänglich erfüllen zu können. Die Nichtdurchführung von Schuleingangsuntersuchungen ist keine Option und muss schnellstens wieder vollständig ermöglicht werden. Die Digitalisierung des Gesundheitsamtes hat oberste Priorität, um deren Arbeit effizienter zu gestalten, zum Beispiel bei der Kontaktverfolgung. Eine höhere Geschwindigkeit rettet Leben. Wir befürworten den Einsatz der Bundeswehr im Gesundheitssamt, um bei der Bekämpfung einer epidemischen Lage zu unterstützen.

Wie setzen uns dafür ein, dass die Anzahl der bezirklichen Hygieneinspektoren erhöht wird, um regelmäßige Lebensmittelkontrollen sicherzustellen.

Um mit den steigenden Einwohnerzahlen von Lichtenberg Schritt zu halten, muss die Anzahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im Bezirk erhöht oder die Kapazität bestehender MVZ ausgebaut werden. Das Bezirksamt muss mehr für die Ansiedlung von niedergelassenen Ärzten werben und diese bei der Findung geeigneter Praxisflächen unterstützen.

9. JUGEND

Wir Lichtenberger Freie Demokraten treten für eine lebendige und moderne Jugendbeteiligung in unserem Bezirk an. Nicht nur die Kommunikationsgewohnheiten der jungen Generation haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen fordern ein Umdenken in der bezirklichen Jugendarbeit. Die besonders durch das Internet entstandenen neuen Formen der politischen Beteiligung möchten wir durch stärkere Mitspracherechte der Kinder und Jugendlichen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und ihren Ausschüssen abbilden. Dafür wollen wir ein funktionierendes Jugendparlament einrichten, welches auch digital tagen kann. In diesem sollen nicht nur Schüler öffentlicher Schulen, sondern auch Auszubildende und Schüler von privaten Schulen sich selbst organisieren können, um im Bezirk aktiv politisch mitzuwirken. Die Jugendlichen sollen nicht nur die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme haben, sondern in den ihre Belange betreffenden Ausschüssen und der Bezirksverordnetenversammlung ein aktives Rede- und Antragsrecht erhalten. Darüber hinaus werden Schüler und Lehrkräfte bestärkt, die Teilnahme an politischen Aktivitäten und ihre Reflexion darüber in schulische Projekte und Aufgaben zu integrieren. Besonders geeignet sind hierfür gesellschaftsbezogene Schulfächer und die frei wählbaren Prüfungsthemen im Abitur.

Lichtenberg hat zahlreiche Jugend- und Freizeiteinrichtungen, die jedoch ungleich im Bezirk verteilt sind. Um auch neuen Betreibern und deren Konzepten eine Chance zur Umsetzung in bestehenden oder neuen Einrichtungen zu ermöglichen, fordern wir, dass sich das Bezirksamt regelmäßig mit den Jugendlichen austauscht. Dabei müssen sich Öffnungszeiten und Ausstattung an den Interessen der Jugendlichen ausrichten. Wir streben eine regelmäßige Evaluation der Träger der Jugendhilfe durch das Bezirksamt an.

Im Interesse eines nahtlosen Übergangs von der Schule in einen Beruf möchten wir Freien Demokraten das Angebot und die Vermittlung berufsorientierender Maßnahmen ausweiten. Die Praktika für Schüler sollen so flexibilisiert werden, dass es möglich wird, mehrere Berufe kennenzulernen. Die frühzeitige Vernetzung von Schulen, Schülern, Jugendclubs und Unternehmen ist notwendige Voraussetzung dafür, dass junge Menschen ihre Potenziale erkennen und wissen, wie sie diese am besten auf dem Arbeitsmarkt einsetzen können. Die Unternehmen müssen als Partner angesehen werden. Entsprechend möchten wir gemeinsam mit allen Akteuren mehr Gewicht auf die Berufsorientierung ab Klasse 7 legen. Unternehmen sollen eine Chance erhalten, sich sozial im Bezirk zu engagieren, zum Beispiel durch Sponsoring.

Die Jugendarbeitslosigkeit im Bezirk muss reduziert werden und das Verlassen der Schule ohne Abschluss sollte zukünftig eine Ausnahme sein. Hierzu müssen weitere Unterstützungen initiiert werden und das Jobcenter Lichtenberg muss eine aktive Rolle einnehmen und proaktiv auf Ausbildungsbetriebe im Bezirk zugehen.

10. KULTUR UND TOURISMUS

Lichtenberg ist wegen seiner kulturellen Vielfalt und seiner Internationalität durch seine Künstler, Kultur- und Sportstätten, Theater, Museen, Designer und Fotographen ein Ort der Lebensfreude und Kreativität. Diese kulturelle Vielfalt darf nicht als selbstverständlich angesehen werden und bedarf sowohl des Schutzes als auch der Förderung, um ein Weiterbestehen zu sichern. Interkulturelle Begegnungsstätten – zum Beispiel Kulturhaus Karlshorst, Kiezspinne FAS oder kleine Galerien wie Mies-van-der-Rohe-Haus, Studio im Hochhaus oder Galerie 100 – tragen zur Vielfalt und Kreativität bei. Für diese und andere Einrichtungen gilt es einen soliden und zukunftssicheren Weg für die kommenden Jahre aufzuzeigen. Die Förderung mit öffentlichen Geldern darf nicht entfallen oder gekürzt werden, wenn private Personen oder Organisationen diese kulturelle Vielfalt finanziell fördern wollen. Privates Sponsoring ist als Ergänzung zu den bezirklichen Mitteln zu sehen und darf nicht dazu führen, dass die Unterstützung vom Bezirk gekürzt oder gar gestrichen wird.

Einrichtungen und Begegnungsstätten mit überbezirklicher Tragweite erfordern eine deutlich effizientere Förderung und größere Zukunftssicherheit. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen und das Stasimuseum, welche an die menschenverachtenden Verbrechen des DDR-Regimes erinnern, besitzen eine überregionale Anziehungskraft. Die touristische Infrastruktur muss so ausgelegt werden, den Besucherstrom zu bewältigen, z. B. durch ausreichende Busparkplätze und Ausschilderungen für Nutzer des ÖPNV.

Wir Freien Demokraten Lichtenberg fordern außerdem, dass sich der Bezirk für den Erhalt, den Ausbau und die Renovierung der Schlösser Friedrichsfelde und Hohenschönhausen einsetzt. Es sind zwei Denkmale der Vergangenheit, die in Gegenwart und Zukunft als wichtige Kultur- und Begegnungsstätten dienen.

Tourismus und Kultur sind zwei nicht zu trennende Zweige und gehen einher für ein zukunftsorientiertes und vielfältiges Lichtenberg. Wir wollen daher sowohl den Tourismus als auch die Kultur weiter voranbringen und mit zielstrebiger Förderung aufzeigen, dass Lichtenberg mehr ist als eine „Schlafstadt“.

Religiöse Kultureinrichtungen sind ebenso Teil des Bezirks – egal ob die muslimischen Kultureinrichtungen, das Kulturzentrum des Vereins der vietnamesischen Buddhisten in Deutschland oder die christlichen und jüdischen Einrichtungen. Wir stehen ein für eine freie Ausübung der Religion und wollen dafür auch Möglichkeiten zur Verfügung stellen.

Wir treten dafür ein, Mäzenatentum zu fördern und Kulturschaffende und Unternehmen im Bezirk stärker zu vernetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein bezirksübergreifendes Wegeleitsystem geschaffen wird, welches auf die kulturellen und touristischen Perlen des Bezirks hinweist. Als neues Highlight wollen wir im Bezirk Berlins ersten Evolutionspfad schaffen.

11. SENIOREN

Die Verbesserung von Teilnahme und Teilhabe bis ins hohe Alter sind Grundziele einer liberalen Seniorenpolitik. Die Lebensleistung eines Menschen muss durch die Handlungen des Bezirksamtes immer anerkannt werden. Dieser Respekt ist durch die Verantwortlichen bisher meist nur ein inhaltsleeres Lippenbekenntnis ohne praktische Konsequenz.

Selbstbestimmtes Wohnen und selbstbestimmte Mobilität im Alter dürfen durch staatliches Handeln nicht eingeschränkt werden. Durch anderweitige Zielsetzungen im Bezirk wird dies in der Gegenwart aber oft beschnitten.

Die Gestaltung des öffentlichen Raums muss den Erfordernissen und Wünschen von Senioren entsprechen. Dies ist in jeglicher Planung zu berücksichtigen, wobei sich hier auch Zielkonflikte ergeben können. Wir sind aber der Überzeugung, dass sich mit Kreativität und Einfühlungsvermögen immer Lösungen finden lassen, die unterschiedliche Interessen ausgleichen und die Situation von Senioren verbessern.

In Parks oder an belebten Plätzen müssen genügend Bänke zur Verfügung stehen und auch unterhalten werden. Öffentliche Toiletten müssen zuverlässig in einem akzeptablen Zustand und in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Hierbei ist bei Einrichtung und Betrieb auch die Zusammenarbeit mit privaten Anbietern zu intensivieren. Der bauliche Zustand der Gehwege im Bezirk muss kontinuierlich verbessert werden.

Kommunale Seniorenbegegnungsstätten und entsprechende Einrichtungen privater Träger sollten gefördert und weiterhin ausgebaut werden.

Auch Sportstätten sollten seniorengerecht gestaltet sein.

Wir sind der Überzeugung, dass ein weiterer, kontinuierlicher Ausbau eines modernen Angebots im ÖPNV in allen Verkehrssystemen insbesondere den Bedürfnissen von Senioren entspricht.

12. FAMILIE UND SOZIALES

Lichtenberg verfügt über ein dichtes Netz sozialer Träger und Hilfsangebote, durch die unser Bezirk zu einer attraktiven Anlaufstelle innerhalb Berlins für Familien werden konnte. Der dadurch bedingte stetige Zuzug erfordert es, diese Angebote mit Hilfe zielgerichteter Initiativen des Bezirksamtes weiter auszubauen und durch innovative Möglichkeiten zu erweitern.

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz beim Einsatz öffentlicher Mittel ein, unter anderem durch den Ausbau des „Trägeratlas“. Dieser ermöglicht es Bewohnerinnen und Bewohnern, sich jederzeit einen Überblick der klar formulierten Ziele des Bezirksamtes sowie der zuständigen sozialen Träger und den damit verbundenen Kosten zu verschaffen. Wird ein Träger diesen Zielen beziehungsweise den getroffenen Vereinbarungen nicht gerecht, so verwirkt er sein Recht in der sozialen Hilfe zu agieren. Ziele und Vereinbarungen dürfen nie Teil von Ideologien sein.

Entlastung von Eltern und Kitas

Für uns Liberale ist Familie jede auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen Verantwortung insbesondere für Kinder übernehmen. Das gilt unabhängig vom Geschlecht der Elternteile und somit erst recht in Regenbogenfamilien jeder Art.

Der Bezirk muss eine Vorbildfunktion einnehmen und als Arbeitgeber Möglichkeiten schaffen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erlauben. Dies gilt auch für kommunale Eigenbetriebe.

Ein durch den Bezirk gefördertes Online-Tool, das die Platzvergabe in Kitas zentral koordiniert, entlastet gleichermaßen junge Eltern und Kitas. So wird für Eltern sofort ersichtlich, wann sie in welcher Kita mit einem Kitaplatz rechnen dürfen. Kitas können sich endlich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren, anstatt wöchentlich Wartelisten abzutelefonieren, um ein Statusupdate von interessierten und häufig frustrierten Eltern abzufragen.

Wir setzen uns für mehr Kita-Plätze beziehungsweise Plätze bei Tagesmüttern und -vätern mit flexibleren Öffnungszeiten ein. Dazu gehören Notfallangebote über Nacht oder am Wochenende ebenso wie Angebote für Menschen, die Schichtarbeit leisten, also „24-Stunden-Kitas“. Für Menschen, die im Schichtbetrieb arbeiten, soll zudem die Kinderbetreuung zu Hause unterstützt werden. Hier wollen wir das Angebot „Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten“ (MOKIS) deutlich ausbauen.

Gleichzeitig sehen wir auch im Konzept der „Familienhebammen“ eine mögliche Alternative: Hier werden nicht nur Mutter und Kind im Zusammenhang mit der Geburt, sondern die gesamte Familie im Hinblick auf soziale Integration, Zusammenleben und potenzielle Konflikte betreut.

Umdenken aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen

Der Bezirk muss auf Veränderungen in unserer Gesellschaft reagieren und auch das Modell „gemeinsam getrennt erziehen“ als zulässige Alternative anerkennen. Durch ein Wirken des Bezirksamts hin zu einem verstärkten Wechselmodell beziehungsweise Doppelresidenzmodell können Kinder aus der Armutsfalle geholt werden, beide Elternteile am Arbeitsleben teilhaben und die Kinder „verlieren“ nicht länger ein Elternteil. Das Prinzip „einer zahlt, einer erzieht“ ist nicht mehr zeitgemäß und muss schnellstmöglich für das Kindeswohl angepasst werden.

Wir möchten Angebote für Eltern in Elternzeit fördern, die Zeit mit Kindern verbringen möchten, unabhängig vom Geschlecht der Person, die sich in Elternzeit befindet. Hierzu gehört unter anderem auch die Schaffung zusätzlicher Spielplätze, um das gesetzliche Ziel von 1 m² nutzbarer öffentlicher Spielplatzfläche pro Einwohner zu erreichen. Dabei legen wir Wert darauf, für alle Altersgruppen ein attraktives Angebot zu schaffen und diese Flächen langfristig zu erhalten.

Barrierefreiheit und Integration

Wir bekennen uns zur Einhaltung der Vorgaben von UN und EU, die öffentliche Infrastruktur barrierefrei umzubauen. Die bisherigen Versäumnisse der Kommunalpolitik führten zu nicht mehr zeitgemäßen Modernisierungslücken. Diese möchten wir zeitnah gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Interessenvertretungen schließen.

Des Weiteren setzen wir uns für eine noch stärkere Integration von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Leben unseres Bezirks ein. Nicht nur bei Veranstaltungen möchten wir mehr Vielfalt, sondern auch im politischen Prozess fordern wir eine noch stärkere Beteiligung und Einbeziehung.

Zuletzt setzen wir auf Landesebene auf das Konzept „Housing First“ als Strategie gegen Obdachlosigkeit. Bezirkliche Alleingänge halten wir nicht für zielführend.

13. INKLUSION

Behindert sind Menschen nur deshalb, weil äußere Rahmenbedingungen nicht ausreichend auf ihre besonderen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Sie sind nicht behindert, sie werden behindert.

Die FDP Lichtenberg strebt eine tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern und Kinder zwischen spezifischen und inklusiven Betreuungsangeboten an. Besonderes Augenmerk bekommt der Ausbau von Angeboten für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Handicap, um ihre Begegnung zu fördern, wovon alle Seiten profitieren. Für alle Angebote ist ein Betrieb mit sonderpädagogischem Hintergrund notwendig. Im gemeinsamen Dialog von Pädagoginnen und Pädagogen mit Eltern soll der bestmögliche Weg für die Kinder gefunden werden. Die technische und pädagogische Ausstattung muss endlich dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Den komplexen Herausforderungen im inklusiven Lernen muss größere Beachtung geschenkt werden. In Klassen mit einem größeren Inklusionshintergrund muss die Größe auf ein dem Lernerfolg zuträgliches Maß reduziert werden.

Bei jeder Entscheidung und jeder Maßnahme innerhalb und außerhalb des Bezirksamtes müssen die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Nicht in Leuchtturmprojekten, sondern im Alltag muss Inklusion zum Erfolg geführt werden.

14. INTEGRATION UND FLÜCHTLINGE

Die Freien Demokraten setzen sich für ein weltoffenes und gastfreundliches Lichtenberg ein, in dem Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, von den Bürgerinnen und Bürgern offen empfangen werden. Sie sollen eine Chance erhalten, ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dafür ist es notwendig, die Aufenthaltsgenehmigungen durch geschultes Fachpersonal ohne lange Wartezeit zu bearbeiten. Dann können Menschen, die einen Anspruch auf Hilfe haben, diese auch schnell und gezielt erhalten. Flüchtlingsunterkünfte stellen in unseren Augen keine dauerhafte Lösung dar.

Wer frühzeitig mit der neuen Gesellschaft in Kontakt kommt, lernt schneller deren Sprache, Werte und Regeln. Für eine erfolgreiche Integration müssen zudem die Kita- und Schulkapazitäten für Flüchtlingskinder erhöht werden. Nur wer gleich zu Beginn die deutsche Sprache spricht und gute Bildungschancen bekommt, kann einen positiven Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten, anstatt dauerhaft zum Sozialfall zu werden. Durch die Bereitstellung entsprechender Mittel möchten wir das Ange-

bot an Deutschunterricht insbesondere an der Volkshochschule an den Bedarf anpassen. Gut integrierte Familien, die hier arbeiten und aktiv an der Gesellschaft teilnehmen, müssen besonders geschützt und dürfen nicht abgeschoben werden, falls eine Aufenthaltsgenehmigung ausläuft. Hierfür ist auf Bundesebene ein Einwanderungsgesetz notwendig.

Die Freien Demokraten Lichtenberg sehen in der anhand gesellschaftlicher Bedürfnisse gesteuerten Zuwanderung, auch durch Flüchtlinge, eine ökonomische Chance und Bereicherung für Deutschland. Damit wir alle diese Chance nutzen, müssen wir es Flüchtlingen ermöglichen zu arbeiten. Unternehmen, aber auch Organisationen und ehrenamtlich arbeitende Einrichtungen sollen Flüchtlingen (z. B. über Praktika) einen Einblick und Einstieg in Beschäftigung ermöglichen. Über direkte Begegnungen, beispielsweise in Form von Speed Datings von Kammern, Unternehmen und Flüchtlingen, sollen Arbeitskräftebedarf und -potenzial zusammengebracht werden. Gleichzeitig möchten wir über die Arbeitsagentur in unserem Bezirk Flüchtlinge schnell in Praktika und mittelfristig in reguläre Beschäftigungsverhältnisse vermitteln. Ein hervorragender Sprachlehrer ist der Kollege am Arbeitsplatz! Daher erwarten wir auch von der Arbeitsagentur ein Umdenken bei der Vermittlung, unbürokratische Förderung von Arbeitsmöglichkeiten und eine stärkere Fixierung auf die Potenziale von Flüchtlingen.

Die Flüchtlingshilfe im Bezirk möchten wir besser koordinieren. Insbesondere streben wir die Gründung eines Integrationsbeirates an, in dem alle relevanten Aspekte und Fragen rund um die Themen Migration und Flüchtlinge behandelt werden. Der Beirat soll zudem ein Mitspracherecht im zuständigen Fachausschuss der Bezirksverordnetenversammlung haben.

Lichtenberg hat bereits sehr viele Flüchtlinge aufgenommen. Damit die notwendige Integration gelingt, benötigt Lichtenberg viel mehr Unterstützung in Form von Geld, Personal und Infrastruktur durch das Land Berlin. Bei kommenden Flüchtlingen muss sichergestellt werden, dass alle Bezirke gleichermaßen an der Unterbringung und Integration beteiligt werden.

Die „Willkommensklassen“ müssen deutsche Sprachkompetenz vermitteln, damit die Kinder dem späteren Unterricht folgen können. Erfolgreiche Integration erfordert, der Landessprache mächtig zu sein.

Wir wollen interreligiöse Treffen unterstützen und religiöse Feste der Flüchtlinge beispielsweise als einen Anlass zur Begegnung mit Deutschen nutzen. Gleichzeitig wollen wir eine Initiative starten, um den Lichtenbergern zu vermitteln, was die Fluchtursachen der Asylbewerber sind.

Lichtenberg hat überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufgenommen. Von der Senatsverwaltung müssen deshalb überdurchschnittlich viele Mittel vom Senat eingefordert werden, um die soziale Infrastruktur in Lichtenberg zu verbessern. Auch indem Aufnahmesysteme nicht überfordert werden, lässt sich die Akzeptanz der Flüchtlinge durch die Einwohner verbessern.

15. FREIHEIT UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein weltoffenes Lichtenberg ein, in dem Freiheit und Sicherheit jeden Neuen willkommen heißen und jeden Alten in der Entscheidung für den Bezirk bestärken. Demokratie lebt vom Einsatz seiner Bürgerinnen und Bürger. Dafür bedarf es aber eines Bezirkes, der das Vertrauen durch Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit sichert. Dazu sind grundsätzlich wirksame und angemessene Instrumente vorhanden, welche aber dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Rechnung tragen müssen.

Die Lichtenberger Parks, Grünanlagen und Gewässer dienen allen als Ausflugsziel. Damit diese Orte auch zukünftig ihren Beitrag zum Wohlbefinden und zur Naherholung leisten können, fordern wir regelmäßige Kontrollen auf Sauberkeit und Ordnung. Dort wie auch bezirksweit darf es keine No-Go-Areas für das Ordnungsamt geben. Dabei sind die Einsätze rund um die Uhr und auch außerhalb der lokalen Komfortzonen durchzuführen. Gleichzeitig fordern wir funktionierende Beleuchtungen sowie die regelmäßige Pflege der Grünanlagen. Nur so kann Lichtenberg seiner Auszeichnung als kinder- und familienfreundlicher Bezirk gerecht werden und Ängste bei der Benutzung von Gehwegen oder Parkanlagen abbauen.

Die weiterhin bestehenden rechtlichen Fragen zur Kameraüberwachung zeigen, wie sensibel deren anlassloser Einsatz auf öffentlichen Plätzen ist. Um tatsächlich einen Gewinn für Sicherheit und Ordnung zu schaffen, statt einem bloßen Gefühl, fordern wir, dass Polizei und Ordnungskräfte regelmäßig im öffentlichen Raum für alle sichtbar und ansprechbar unterwegs sind. Besonders um Einbrüche, Vandalismus und Drogenhandel vorzubeugen, ist ein Einsatz bei Tag und Nacht unerlässlich.

Der erste landesweite Warntag seit 30 Jahren zeigte eindrucksvoll, wie schlecht der Bezirk auf einen eventuellen Not- und Katastrophenfall vorbereitet ist. Dabei fehlen im Bezirk u.a. unzählige Notbrunnen, um die lebensnotwendige Trinkwasserversorgung der Bewohner zu gewährleisten. Von den vorhandenen Notbrunnen ist jeder fünfte defekt. Wir fordern, dass die Instandsetzung der maroden, zur Lebensrettung gedachten Infrastruktur ausnahmslos Vorrang vor Prestigeprojekten hat, wie z. B. die Sanierung des sowjetischen Ehrenmals.

Die auch in Lichtenberg zunehmende Verrohung und steigende Zahl von Angriffen auf öffentliche Institutionen oder gewählte Bürgervertreter verurteilen wir auf das Schärfste. Wir setzen uns für alle Möglichkeiten des friedlichen demokratischen Diskurses, Gespräche und Prävention ein. Wo diese Maxime jedoch nicht respektiert wird und es die Art der Auseinandersetzung und die Schwere von Gewalt bedürfen, fordern wir ein entschiedenes Auftreten der Ordnungskräfte und der Polizei im Rahmen ihrer demokratischen Mittel. Dabei ist es für uns unerheblich, welcher Motivation oder Ideologie die Gewalttaten entspringen.

Jeder in Lichtenberg sollte sich unabhängig von Zeit oder Örtlichkeit immer sicher fühlen. Zur Gewährleistung einer tatsächlichen Sicherheit muss der Bezirk sowohl sozial-gesellschaftliche als auch technische Maßnahmen sowohl in der Prävention als auch in der Intervention ergreifen.

16. UMWELT, ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Wir sind der Überzeugung, dass die erklärten Klimaziele nicht durch Verbote, sondern vornehmlich durch die Einführung moderner Technologien durch privatwirtschaftliches Engagement erreicht werden können. Daran müssen sich auch die Entscheidungen im Bezirk orientieren.

Der Bezirk Lichtenberg kann ein Standort für eine zukünftige Wasserstoffwirtschaft werden und muss sich deshalb an Pilotprojekten beteiligen.

Die schnelle Erweiterung der öffentlich verfügbaren Ladeinfrastruktur für Elektromobilität (aktuell gibt es nur 29 Ladesäulen in Lichtenberg) sollte vom Bezirksamt angestrebt werden. Für Anbieter, die die technische Bereitstellung realisieren, sollte der Bezirk auf allen P+R Bereichen, aber auch auf Parkplätzen des Bezirks (Bezirksamt, Schulen usw.) zügig entsprechende Flächen für Standorte ausweisen.

Das Bezirksamt sollte bei der Erneuerung seines Fuhrparks eine günstige CO_2-Bilanz als wesentliches Entscheidungskriterium bei der Anschaffung der Neufahrzeuge berücksichtigen und damit eine Vorbildfunktion übernehmen. Den weiteren Ausbau energieeffizienter Beleuchtung (z. B. mit LED-Technik) im öffentlichen Straßenland und in öffentlichen Gebäuden muss der Bezirk schnell realisieren.

Der Bezirk sollte in allen Planungen und Maßnahmen seiner Infrastruktur berücksichtigen, dass zukünftige Starkregenereignisse bewältigt werden.

Die Bedeutung und die Absichten zur zukünftigen Entwicklung des neuen Naturschutzgebiets (NSG) Biesenhorster Sand sollte vom Bezirk klar gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dargestellt werden. Hier steht das Bezirksamt in der Verantwortung und nicht Naturschutzverbände. Das NSG Biesenhorster Sand sollte so entwickelt werden, dass sich Naturschutz und Naherholung nicht ausschließen.

17. SPORT

Sport ist unerlässlich für Kinder, aber auch für Erwachsene und alte Menschen – sei es zur Interaktion, zum Austausch, für soziale Kontakte oder für die körperliche wie auch geistige Fitness bis ins hohe Alter. Als FDP Lichtenberg stehen wir für eine flächendeckende Förderung des Breitensports, anstatt größere Summen in Leuchtturmprojekte zu investieren.

Die Planung weiterer Sportstätten muss die steigende Bevölkerungszahl und den demographischen Wandel berücksichtigen. Auch bei der Schaffung oder Sanierung von Spielplätzen sollen dort Sport- und Fitnessplätze für Jugendliche, Erwachsene und Senioren geschaffen werden.

Wir fordern einen schnellen und effektiven Plan zur Sanierung der Lichtenberger Turnhallen. Um die Kapazitäten im Vereinssport zu erhöhen, werden wir die Öffnung von Sporthallen flächendeckend abends und auch in den Ferienzeiten möglich machen.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen ausbauen. Die Vereine sollen sich im Rahmen des Sportunterrichts vorstellen dürfen. So kann auch die Vielfalt des Angebots im Sportunterricht erhöht werden.

Die Kooperation mit dem SC Berlin, einem der größten und erfolgreichsten Sportvereine Deutschlands mit Sitz im Bezirk, wollen wir fortführen und intensivieren. Lichtenberg soll vom positiven Image und vom Wirtschaftsfaktor Sport profitieren.

Ehrenamtliches Engagement für Vereinssport muss stärker gefördert, sichtbar gemacht und wertgeschätzt werden, auch um mehr Trainerinnen und Trainer für den Vereinssport zu gewinnen.

AM 26. SEPTEMBER
FDP WÄHLEN!

Stand: 7. August 2021

Impressum:
FDP-Bezirksverband Berlin-Lichtenberg
c/o Rico Apitz
Oberseestr. 62, 13053 Berlin
IBAN: DE55 1009 0000 5466 5250 32

E-Mail: kontakt (at) fdp-lichtenberg (punkt) de
Web: www.fdp-lichtenberg.de
Facebook: www.facebook.com/FDPLichtenberg
Twitter: twitter.com/fdp_lichtenberg